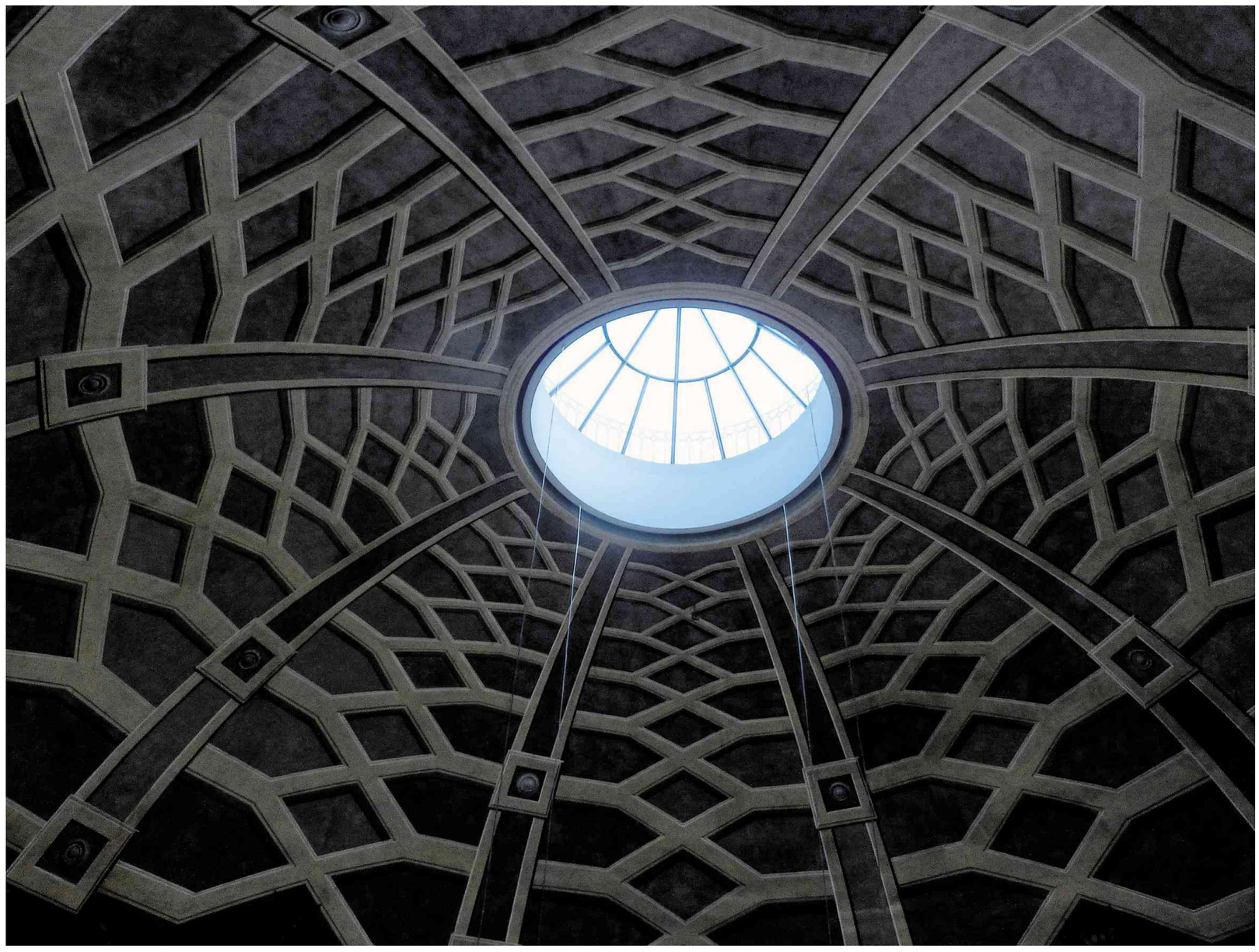
# Universität als „Clearing House“

## Bundesministerin Karliczek will das Vertrauen in die Wissenschaft durch Kommunikation stärken. Warum vergisst sie die Universitäten? *Von Wilfried Hinsch und Lukas H. Meyer*



*Konzentriert, aber nicht verschlossen: das Tieranatomische Theater in Berlin* Foto Bernd Oertwig/Schroewig

Die politische Ethik der Demokratie beruht darauf, dass Menschen vernunftbegabte und erkenntnisfähige Wesen sind. Mangelnde Vertrautheit mit der Wissenschaft und fehlendes Verständnis für wissenschaftliche Denkweisen in der Öffentlichkeit führen deshalb nicht nur zu Problemen für die Wissenschaft. Sie stellen auch die Überzeugungskraft des Ideals demokratischer Selbstbestimmung in Frage. Demokratische Gleichheit kann nicht bedeuten, dass die Unwissenheit des einen ganz genauso gut ist wie das Wissen der anderen (Isaac Asimov).

Die Probleme beginnen mit der fehlenden Bereitschaft, in einzelnen Bereichen wissenschaftliche Expertise anzuerkennen und zur Grundlage des eigenen Handelns zu machen, beispielsweise wenn es um Vorsorgeimpfungen gegen Epidemien geht. Sie reichen bis zum vollständigen Verlust des Vertrauens in wissenschaftliche Erkenntnis und zur grundsätzlichen Infragestellung des Unterschieds zwischen Tatsachen und Täuschungen.

Die Royal Society in London hatte schon 1985 unter dem Stichwort „Public Understanding of Science“ zu einer grundlegenden Verbesserung der öffentlichen Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse aufgerufen. 1999 brachten Vertreter führender deutscher Wissenschaftsorganisationen dann das Memorandum „Public Understanding of Sciences and Humanities“ heraus. Die Dringlichkeit einer zugleich sachgerechten und effizienten „Wissenschaftskommunikation“ hat sich durch die Dominanz des Internets als öffentliche Informationsquelle und Kommunikationsplattform noch einmal verstärkt. Eine 2018 in „Science“ veröffentlichte Studie stellt fest, dass Fake News und Gerüchte über Twitter schneller und weiter verbreitet werden als echte Nachrichten. Dies lässt eine entschlossene und strategisch angelegte öffentliche Offensive für Wahrheit und Rationalität geboten erscheinen.

Die Bedeutung eines Public Understanding of Science ist unbestritten. Wichtige Herausforderungen im Spannungsfeld von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik lassen sich mit hilfe dieses Konzepts, so wie es gegenwärtig hauptsächlich verstanden wird, allerdings nicht bewältigen.

Eine erste Beschränkung betrifft seine Fokussierung auf die Sciences im engeren Sinne. Auch das jüngst von der Bundesministerin vorgestellte Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation stellt die Mint-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in den Mittelpunkt. Die wichtigsten Probleme der Wissenschaftskommunikation wären jedoch noch nicht gelöst, sobald die Arbeitsweise und die Ergebnisse der Natur- und Technikwissenschaften in der Öffentlichkeit besser verstanden würden. Vertrauen in die Wissenschaft geht wohl nicht verloren, weil Bürger wissenschaftsphilosophische Bedenken gegen die Methoden der Natur- und Technikwissenschaften hegen. Überwiegend liegen die Gründe in den erwarteten lebenspraktischen Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die von nicht wenigen als bedrohlich und fragwürdig wahrgenommen werden. Hier sind die Geistes- und Sozialwissenschaften gefordert. Sie müssen wirksamer als bisher ihre weitgestreuten Wissensbestände und Reflexionen über menschliche Selbstverhältnisse, Wertvorstellungen und Lebensformen zur Geltung bringen.

Eine zweite Engführung des Public Understanding of Science liegt darin, es nur als verbesserte Strategie für die Vermittlung wissenschaftlich bereits gesicherter Erkenntnisse zu verstehen. Das Grundsatzpapier der Bundesministerin betont deshalb zu Recht, „dass Wissenschaftskommunikation nicht nur die Ergebnisse vermittelt, sondern auch die Prozesse und Methoden von wissenschaftlicher Arbeit transparent macht und dabei die Komplexität und Vorläufigkeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen thematisiert“. Für viele Fragen gibt es methodisch gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse, die es nurmehr allgemein verständlich zu vermitteln gilt. Für die sogenannten „großen gesellschaftlichen Herausforderungen“ ist jedoch charakteristisch, dass sie Fragen aufwerfen, auf die es weder in der Wissenschaft noch außerhalb der Wissenschaft unumstrittene Antworten gibt. Sie betreffen vor allem die Risiken und Chancen wissenschaftlicher Erkenntnisse und technischer Entwicklungen. Und sie betreffen deren Folgen für unser Selbstverständnis und die Gestaltung lebensweltlicher Alternativen im Umgang mit den bestehenden Herausforderungen. Dafür ein Beispiel.

### Gleichheit und Differenz

Im März 2018 veröffentlichte die „New York Times“ einen Beitrag des Genforschers David Reich von der Harvard Universität, in dem er zu einer öffentlichen Diskussion seiner Forschungsergebnisse aufruft. Die von ihm angestellten Analysen „alter DNA“ aus historischen Knochenfunden deuten darauf hin, dass – anders als bisher angenommen – sehr wohl relevante genetische Differenzen nicht nur zwischen Individuen, sondern auch zwischen Gruppen von Menschen bestehen, die verschiedenen, über Tausende von Jahren getrennten Genpools entstammen. Die bestehenden genetischen Unterschiede korrelieren mit erhöhten Krankheitsrisiken bestimmter Gruppen, längeren durchschnittlichen Ausbildungszeiten, einer späteren Familiengründung und einem besseren Abschneiden bei Intelligenztests. Reich fürchtet, dass die neuen Entwicklungen in der Genforschung rassistischen Stereotypen Vorschub leisten könnten, und möchte dem durch eine wissenschaftlich geleitete öffentliche Diskussion begegnen.

Die für liberale Demokratien bestimmende Ethik gleicher Rechte und Chancen beruht auf dem Postulat einer elementaren Gleichheit aller Menschen. „Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren“, heißt es im ersten Artikel der französischen Menschenrechtserklärung von 1789. Darin stecken zugleich eine oberste Norm der politischen Ethik – nämlich die Forderung nach Gleichbehandlung aller Menschen in grundlegenden rechtlichen Fragen – und eine Wirklichkeitsbeschreibung.

Die von der egalitären Ethik geforderte Gleichbehandlung in grundlegenden Fragen würde unterminiert, wenn statistisch signifikante genetische Unterschiede zwischen Menschen und Menschengruppen so gedeutet würden, dass bestimmte Menschen oder Menschengruppen keine gleiche Berücksichtigung verdienen oder dass diese Menschen nicht zu denen zählen, denen gleiche Rechte zugeschrieben werden können. Reich hat solche Interpretationen mit Hinweis auf die viel stärkeren genetischen Unterschiede zwischen den Geschlechtern und den I“ndividuen schon in seinem Artikel in der New York Times“ allerdings zurückgewiesen.

Diese von ihm angesprochene Problematik betrifft ebenso andere Wissenschaften, in denen neue Erkenntnisse grundlegende Aspekte unseres ethischen Selbstverständnisses in Frage zu stellen scheinen. Die Gendiagnostik und die molekulare Medizin sind hier ebenso zu nennen wie die Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz, mit deren Hilfe unbegrenzte Datenmengen über Menschen und ihre Verhaltensweisen ausgewertet werden können. Wissenschaftlicher Fortschritt führt hier zu Erkenntnissen über statistisch signifikante Unterschiede zwischen Menschen und Menschengruppen (wenn es etwa um Kreditwürdigkeit oder Straffälligkeit geht), die entweder vorher noch nicht bekannt waren oder die bisher keine wissenschaftlich gesicherte Basis für Prognosen und rational-kalkulierte Entscheidungen boten.

Die politische Ethik muss die Einsichten der empirischen Wissenschaften berücksichtigen. Neue Formen der Datenverarbeitung bringen Erkenntnisse hervor, die geeignet sind, zur Grundlage gerechtfertigter oder nicht gerechtfertigter Ungleichbehandlung und der entsprechenden gesellschaftlichen Handlungsschemata zu werden.

Welche neuen institutionellen Arrangements braucht unsere Gesellschaft, wenn sie mit Erfolg am Gleichheitspostulat einer egalitären Ethik festhalten will? Aus sich heraus beantworten die Natur- und Technikwissenschaften diese Frage nicht. Aber auch eine rein normativ ansetzende Moralphilosophie oder -theologie allein vermag keine Antwort zu geben. Die Gestaltung einer dem Gleichheitspostulat verpflichteten Gesellschaft setzt neben sozialer und kultureller Phantasie ganz wesentlich das Wissen und die kritischen Kompetenzen der Geistes- und Sozialwissenschaften voraus.

### Die Öffentlichkeit der Universitäten

Kann es für die skizzierten Problemlagen kein Public Understanding of Science geben, weil es an entscheidenden Punkten keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse gibt? Da es ganz wesentlich Problemlagen wie diese sind, die das Vertrauen in die Wissenschaft an seine Grenzen führen, wäre das fatal.

Nun hindert uns nichts daran, uns radikaler noch als das Grundsatzpapier der Bundesministerin von der Vorstellung zu lösen, das Public Understanding ziele in der Hauptsache auf die Vermittlung bereits etablierter Methoden und erarbeiteter Wissensbestände. „Wissenschaftskommunikation“ lässt sich ja auch so verstehen, dass ergebnisoffene und multidisziplinäre Prozesse der Erkenntnisgewinnung selbst eingeschlossen sind.

Dazu müssen allerdings zwei Vorstellungen aufgegeben werden, die auch für das Grundsatzpapier bestimmend sind: erstens die Vorstellung der Wissenschafts-kommunikation als eines Austausches zwischen zwei Welten – der Welt der Wis-senschaft und der Welt der Öffentlichkeit und Politik –; zweitens die Vorstellung, dass die zu überwindende Kommunikationsbarriere genau zwischen diesen beiden Welten verläuft.

Die Probleme einer wissenschaftsfernen Öffentlichkeit beginnen nicht vor den Toren der Universitäten und Akademien, sondern schon in den Hörsälen, Seminaren und Fakultäten: zwischen den Lehrenden und Studierenden, aber auch zwischen den Wissenschaftlern selbst, die gelegentlich Mühe haben, ein gemeinsames Wissenschaftsverständnis zu formulieren. Ein zielführendes Verständnis des Public Understanding muss deshalb die Prozesse der Urteilsbildung und Erkenntnisgewinnung innerhalb der Wissenschaft selbst in den Blick nehmen.

Dazu können Universitäten, die eine Vielzahl wissenschaftlicher Disziplinen einschließen, einen unverzichtbaren Beitrag leisten. Charakteristische Merkmale der inneruniversitären Öffentlichkeit lassen diese zu einem besonders gut geeigneten Ort für die Klärung gesamtgesellschaftlicher Problemlagen werden. Das Grundsatzpapier des BMBF betont, dass „in Zeiten zunehmender digitaler Vernetzung reale Orte wichtig sind, an denen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger über Chancen und Herausforderungen wissenschaftlicher Entwicklungen diskutieren und Ideen zur Gestaltung der Zukunft entwickeln können“. Merkwürdig ist, dass ausgerechnet die Universitäten nicht als zentrale Orte der „Wissenschaftskommunikation“ genannt werden. Nach unserer Auffassung sollten sie in der ersten Reihe stehen.

Die Lebenssituation von Studenten zeichnet sich durch große Offenheit aus. Die von vielen Studenten empfundene Freiheit von direkten biographischen oder beruflichen Anforderungen begünstigt zusammen mit dem Wunsch nach Selbstfindung und Neuorientierung die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit sozialen, ethischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Problemen aller Art. Nicht selten haben politische Reformen und gesellschaftliche Umbrüche ihren Ursprung an den Universitäten, und es ist nicht verwunderlich, dass unter autokratischen Regimen Universitäten einer besonderen Kontrolle unterliegen.

Den Universitätsdozenten bietet die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit von Forschung und Lehre in liberalen Demokratien den Spielraum, breit gestreut Themen und Probleme allein deswegen zu verfolgen und mit Studenten zu erörtern, weil sie sie aus wissenschaftlichen, ethischen, politischen oder anderen Gründen für relevant halten.

Ein weiteres Charakteristikum der inneruniversitären Öffentlichkeit liegt in der wissenschaftlichen Methodik und ihrem Denkstil. Dazu gehören die empirische Validierung und statistische Absicherung von Aussagen und die Überprüfung ihrer logischen Konsistenz ebenso wie die Grundsätze „guter wissenschaftlicher Praxis“ sowie die weniger gut operationalisierbaren wissenschaftlichen Tugenden, etwa der Unvoreingenommenheit und der Offenheit für Kritik.

Das bedeutet aber, dass nicht nur im fachlichen Austausch unter Spezialisten, sondern auch schon in der Lehrveranstaltung für Bachelorstudenten etablierte Wissensbestände und wissenschaftliche Methoden als grundsätzlich fehlbar vorgestellt werden und als etwas, das zumindest im Prinzip auch von einem Studenten widerlegt werden könnte.

### Universität und Öffentlichkeit

Demokratische Legitimität kennt keine Philosophenkönige und erlaubt keine besonderen Vorrechte von Wissenschaftlern in der Politik. Es kann deshalb nicht die Aufgabe einer auf Objektivität und Allgemeingültigkeit festgelegten Wissenschaft oder Moralphilosophie sein, in diesen Feldern für alle verbindliche Entscheidungen zu treffen. Dies muss einer durch Wahlen und Abstimmungen demokratisch legitimierten Politik überlassen bleiben. Wissenschaftliche Expertise und rationale Argumentation können dazu, wenn auch nur indirekt und beratend, etwas Wesentliches beitragen: durch die Ermittlung von Sachlagen, die Entwicklung von Szenarien und die Erforschung von Handlungsoptionen sowie durch die Explikation und Begründung rationaler Kriterien moralischer oder rechtlicher Akzeptabilität.

An diesem Punkt sollten die Universitäten ansetzen, um ihr Potential umfassender als bisher zur Geltung zu bringen. Sie sollten sie sich als Orte verstehen, wo Wissenschaftler und Studenten zusammen mit geeigneten Diskussionspartnern aus Politik, Wirtschaft und Kultur disziplinenübergreifend und in wechselnden Konstellationen über ethisch-wissenschaftlich kontroverse und gesellschaftlich drängende Themen diskutieren. Die inneruniversitäre Öffentlichkeit würde so zu einer Art Clearing House für die allgemeine demokratische Öffentlichkeit; und die Universitäten würden ihren Beitrag dazu leisten, den internetgestützten Irrationalismus und Populismus unserer Tage zurückzudrängen.

**Wilfried Hinsch lehrt Philosophie an der Universität zu Köln. Lukas H. Meyer lehrt Philosophie an der Universität Graz. Er ist Mitautor des 5. Sachstandsberichts des Weltklimarats der Vereinten Nationen.**

# *Unterscheiden und herrschen*

## Das Wissenschaftsforum zu Köln und Essen berät über „gefährliche Wissenschaft“

Wie jedes intelligente Handeln ist Wissenschaft eine Form der Diskriminierung, aber nicht im wertenden Sinn. Sie trifft Unterscheidungen, die den Alltagsverstand übersteigen, und wie diese in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verwendet werden, darüber verfügt sie nicht. Die Kunst der Unterscheidung zwischen Empirie und Moral geht in den aktuellen Debatten an den Hochschulen oft verloren, was im Extrem dazu führt, dass Teile der Forschung tabuisiert werden und Wirklichkeit unerschlossen bleibt. Diskriminierung ist dann schon die neutrale Benennung von Unterschieden, die als Angriff auf das Gleichheitsideal bewertet werden, obwohl es im demokratischen Sinn nicht um Gleichheit, sondern um Gleichbehandlung geht.

Neben dem legitimen Protest gegen Ungleichbehandlung hat der Schrei nach Anerkennung, der die Moraldebatten prägt, auch damit zu tun, dass Wissenschaft mit wachsender Abstraktion eine Form der Selbstrelativierung verlangt, die zunehmend als Majestätsbeleidigung verstanden wird. Auf die Verwissenschaftlichung der Gesellschaft soll deshalb eine Vergesellschaftung der Wissenschaft folgen. Wissenschaft soll sich erklären. Das Bundesministerium zupft kräftig am Ärmel und sähe es gern, wenn darüber der soziale Zusammenhalt gestärkt wird.

Dazu muss die Wissenschaft sich selbst zum Thema machen. Denn der Unterschied zwischen Empirie und Deutung ist nicht absolut. Schon die Auswahl des Gegenstands ist eine Festlegung, dazu kommen fachliche Engführungen wie der Homo oeconomicus. Ebenso ist Deutung ein legitimes Anliegen hermeneutischer Wissenschaften – in den Adern des erkennenden Subjekts fließt Blut –, solange darüber die Empirie nicht verstellt wird. Blickprägungen kann das einzelne Fach nicht vermeiden, aber im Gespräch der Disziplinen aufheben, wenn Interdisziplinarität nicht als Wunschkonzert, sondern als Bündelung verschiedener Perspektiven auf denselben Gegenstand verstanden wird. Die Wissenschaftler und Politiker, die in den Räumen der Thyssen-Stiftung auf Initiative des Wissenschaftsforums Köln und Essen zusammenkamen, um über gefährliche Forschung und deren Vermittlung zu sprechen, standen so vor einem Bündel von Fragen – und vor dem Vormarsch der Künstlichen Intelligenz. Die Debatte über Diskriminierung läuft davon abgekoppelt. Niemand kündigt seinen Facebook-Account mit dem Protestschrei „Diskriminierung!“, dabei gäbe es viele Gründe, sich über die unmerkliche Diskriminierung durch digitale Rasterung zu beschweren. Die Harvard-Ökonomin Shoshana Zuboff hat sie am negativen Extrem der Plattformökonomie als reales Menschenexperiment beschrieben, das auf zwei wissenschaftlichen Denkstilen, dem Behaviorismus und dem Neoliberalismus, beruht. Technik kommt hier nicht neutral ins Haus, sie ist mit Menschenbildern und Interessen aufgeladen, die den Nutzer zu einem bestimmten Denken und Handeln verführen. Er wird selbst zum Homo oeconomicus. Der Ökonom Gert G. Wagner empfahl dagegen das bewährte Instrument der politischen Regulierung, das über alle technischen Schwierigkeiten hinweg auch die digitale Ökonomie einhegen könne, wenn die Politik es nur will. Dass dieses Potential noch nicht ausgeschöpft ist, führte er auf die historische Erfahrung zurück, dass Politik regelmäßig verspätet auf technischen Wandel reagiert. Manche Strukturen sind dann schon so etabliert, dass sie natürlich erscheinen. Aber auch die mit dem Privatleben bezahlte Gratisökonomie ist beispielsweise nicht in Stein gemeißelt. Sie verdankt sich einer bestimmten historischen Konstellation.

Wenn man bedenkt, dass wir im Alltag mit Technik umgehen, die vor fünfzig Jahren in den Laboren erforscht worden ist, wie der Informatiker Jörg Siekmann anmerkte, stellt sich die Frage, wie eine übermächtig werdende Technik zu begrenzen ist. Ob man darauf mit der Verleihung von Rechten, gar Menschenrechten für Maschinen reagieren oder Technik auf ihren Werkzeugcharakter beschränken sollte, blieb offen. Einigkeit bestand darüber, dass aus Maschinen keine Menschen werden können, weshalb Maschinenrechte keine Menschenrechte sein sollten, wenn man Unterschiede nicht verwischen will. Die Möglichkeit, mit dem GPS-System Freundschaft einzugehen, auf die eine Diskussionteilnehmerin pochte, besteht jederzeit, aber es ist eine recht einseitige Beziehung, die das leblose Produkt mit Zügen auflädt, über die es nicht verfügt. Marx sprach von Fetisch.

Dass in einer Welt, in der Maschinen immer mehr menschliche Tätigkeiten übernehmen, Unterschiede verschwimmen, ist für die Wissenschaft kein Grund, sie aufzugeben. Aber es ist schwieriger geworden. Die Biologie kann das empirische Konzept der genetischen Population, das nach dem Weltkrieg an die Stelle des ideologisch desavouierten Rassenbegriffs trat, heute nicht mehr verwenden, ohne unter weltanschaulichen Druck zu geraten. Als der Biologe David Reich zur öffentlichen Diskussion aufrief, weil seine Forschungen genetische Unterschiede zwischen Menschengruppen nahelegten (siehe Text oben), kam prompt ein Protestschrei von Geisteswissenschaftlern. Die Biophilosophin Ute Deichmann bestand demgegenüber auf dem Unterschied zwischen Wertung und Empirie. In der folgenden Diskussion klang auch Distanz zu der Jenaer Erklärung von Biologen aus dem vergangenen Jahr an, die den Rassenbegriff als Fiktion verwarf, ohne zu erklären, wie das ungleich variablere Konzept der genetischen Population davon abzugrenzen ist. Man wisse heute nicht, zu welchen Erkenntnissen eine solche Forschung führe, meinte Deichmann, aber man müsse es erforschen dürfen, weil der Blick auf die Realität sonst verzerrt werde und Pseudowissenschaften in die Lücke drängten. Außerdem können sich aus solcher Forschung medizinische Anwendungen ergeben. Es bleibt eine Gratwanderung: Wissenschaft kann den ideologischen Missbrauch ihrer Forschung nicht unterbinden. Sie kann nur unermüdlich erklären, wie sie es nicht gemeint hat. THOMAS THIEL